

## Altona

# CDU und GAL verhindern frühzeitige Diskussion der neuen Schulstandorte

Ein von SPD und FDP eingebrachter Antrag, der eine zeitnahe Diskussionsmöglichkeit der Schulstandortplanung in der Altonaer Bezirksversammlung einfordert, wurde gestern mit den Stimmen von GAL/CDU abgelehnt ( 25/23). Mit fadenscheinigen Argumenten versuchten die Mehrheitsfraktionen von CDU und GAL die Versammlung davon zu überzeugen, das es nicht notwendig sei, dass sich die Bezirksversammlung mit den Standortempfehlungen der vier Regionalen Schulkonferenzen (RSKs) beschäftigt, bevor die Schulbehörde ihre eigene Planung bekannt gibt.

Damit ist erst im Spätsommer des Jahres zu rechnen, während die Altonaer RSKs Mitte Mai der Behörde ihre Vorschläge unterbreiten werden. Das Angebot der kommunalen Politiker, ihre eigenen Empfehlungen der Schulbehörde als Entscheidungshilfe zur Verfügung zu stellen, wurde von Schwarz/Grün abgelehnt.

Astrid Juster, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Altona, empörte sich darüber: „Die Behörde wird’s schon richten, scheint das Motto zu sein. Auf die Mitarbeit und Kompetenz der Kommunalpolitiker will man wohl gerne verzichten. Es ist offenbar geplant, dass erst dann, wenn die Schulbehörde ihre Planung „in trockenen Tüchern“ hat, die Bezirksversammlungen Stellung nehmen dürfen. Es gilt daher das, was viele Beobachter befürchten: Regionale Schulkonferenzen als „demokratisches Feigenblatt“ und „Zulieferbetrieb“ für die Schulbehörde, die dann in ihrer Weisheit die Entscheidungen trifft. Kommunale Gremien dürfen dann, voraussichtlich im Herbst 2009, nur noch die Entscheidungen der Schulbehörde, kommentieren.“

**Für Rückfragen: Astrid Juster, Tel. 86 93 10**

-----  
Herausgeber: SPD-Fraktion Altona  
Max-Brauer-Allee 20 22765 Hamburg  
Tel. +49 40 389 53 32  
www.spdfraktionaltona.de

Anlage: Antrag von SPD- und FDP-Fraktion

Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksversammlung Altona

Datum 26.3.2009

**Gemeinsamer dringlicher Antrag  
der SPD- und FDP-Fraktion**

**Betr.: Zeitnahe Einbindung der Bezirksversammlung bei  
Standortplanungen durch die Bildungsbehörde**

Seit Herbst 2008 werden die Standorte zukünftiger Primarschulen, Gymnasien und Stadtteilschulen auf den Regionalen Schulkonferenzen (RSKs) des Bezirks diskutiert. Im Mai 2009 sollen die RSKs ihre Vorschläge der Bildungsbehörde übermitteln, die dann diese Vorschläge in ihre Planung einbeziehen will. Nach dem vorliegenden Zeitplan will die Bildungsbehörde dann im Sommer ihre Entscheidung veröffentlichen. Erst dann sollen die regionalen Gremien (Bezirksamt, Bezirksversammlung) entsprechend § 28 BezVG angehört werden. Eine offizielle Äußerung der Schulbehörde zum weiteren Ablauf der Umsetzung des neuen Schulkonzept gegenüber der BV Altona liegt noch nicht vor. Das heißt, in einem für den Bezirk äußerst wichtigen Planungsprozess soll die Bezirksversammlung erst einbezogen werden, wenn die entscheidenden Weichen schon gestellt sind. Schulstandorte sind nicht nur für die betroffenen Schulen relevant, sondern ein Thema mit dem sich die BV beschäftigen sollte. Da reicht es nicht, wenn die in der BV vertretenen Fraktionen Beobachter entsenden dürfen, die zudem als Beobachter bei der Entscheidung in den Mai RSKs auch kein Stimmrecht haben. Um sich aber angemessenen mit den Entscheidungen der Bildungsbehörde auseinandersetzen zu können, muss die Bezirksversammlung zeitnah mit den Vorschlägen der RSKs vertraut sein.

**Die Bezirksversammlung möge beschließen:**

**Die Behörde für Bildung wird aufgefordert, dem gesetzlichen Auftrag aus § 28 BezVG nachzukommen und**

- **die Mitglieder der BV von den Eckdaten zur Standortplanung in Kenntnis zu setzen;**
- **den Mitgliedern der BV zeitnah die Planungsentwürfe der RSKs zukommen zulassen;**
- **Entscheidungen der BV in ihre anstehende Planung aufzunehmen.**

Petition: Die Bezirksversammlung wird um Zustimmung gebeten.